

Hauptabteilung Politik und Beratung  
Berlin, März 2016



Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

# Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

am 13. März 2016

Wahlanalyse

Amtliches Endergebnis

Sabine Pokorny

## ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu und Dr. Sabine Pokorny

Team Empirische Sozialforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

[viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)/[sabine.pokorny@kas.de](mailto:sabine.pokorny@kas.de)

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung /  
Leiter Team Innenpolitik  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

[nico.lange@kas.de](mailto:nico.lange@kas.de)

## **1. Übergreifende Entwicklungen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt**

Die Wahlergebnisse der drei Landtagswahlen zeigen einige Gemeinsamkeiten: Die jeweiligen Amtsinhaber wurden bestätigt. Trotz überwiegend großer Zufriedenheit mit den jeweiligen Landesregierungen kann in keinem Land die amtierende Koalition erneut die Regierung bilden. Die AfD kann in alle Parlamente einziehen. Die Linke schneidet schwach ab und kann Protestwähler nicht mehr an sich binden. Die FDP hat überall Zuwächse und scheitert nur in Sachsen-Anhalt äußerst knapp an einem Einzug in das Parlament.

Als Trend ist ebenso auszumachen, dass die Persönlichkeitseffekte einen großen Einfluss auf das Abschneiden der Parteien haben, während der eigenständige Anteil der Parteien am Wahlergebnis ausgesprochen gering ist. Parteipolitische Kompetenzen haben bei dieser Wahl eher eine nachgeordnete Bedeutung. Kurz: Die zu wählende Person und deren Image ist wichtiger als die Partei. Konkrete Landespolitik und landespolitische Politikkonzepte sind für die Wahlentscheidung bei diesen Wahlen nachrangig.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben Große Koalitionen nicht überall eine Mehrheit. Zwar wird schon lange darüber diskutiert, dass es zu neuen Konstellationen kommen wird, doch wo diese bislang eintraten, wäre auch eine Große Koalition möglich gewesen. Jetzt besteht zum ersten Mal die Notwendigkeit ungewohnte Bündnisse einzugehen.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Protestpartei<sup>1</sup> in einem Bundesland (Sachsen-Anhalt) eine so große Resonanz gefunden. Für diese gelten jedoch andere Regeln, die als Muster schon bei allen

---

<sup>1</sup> Über 20 Prozent erreichte nur der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Schleswig-Holstein mit 23,4 Prozent 1950.

anderen Wahlerfolgen junger Protestparteien zu finden sind: Mobilisierung in Anhängerschaften aller Parteien sowie von Nichtwählern. Unabhängig davon, ob Wahlbeteiligungen sinken oder steigen, können Protestparteien immer aus dem Nichtwählerlager Stimmen mobilisieren. Die konkrete Programmatik sowie das Personal spielen für das Wahlverhalten keine Rolle. Die AfD hat diejenigen angesprochen, die grundsätzlich mit „der Politik“, „den Parteien“ und „den Politikern“ unzufrieden sind. Wie bei allen Protestparteien muss es klimatisch ein Katalysatorthema geben: Und dies ist bei diesen Wahlen die Flüchtlingspolitik. Die Zustimmung zur AfD ist seit Gründung der Partei sinuskurvenförmig: Nach einem Aufschwung von 2013 bis 2014 ist sie bis Mitte 2015 rückläufig. Ohne Flüchtlingszuwanderung hätte sie keinen sprunghaften Anstieg in Umfragen und zuletzt in den Wahlergebnissen verzeichnen können. Fundamentalkritik an allem „Etablierten“, das Schüren diffuser Ängste, das Ausblenden jeglicher Realpolitik gekoppelt mit unterkomplexen (meist vermeintlich schnell umsetzbaren) Lösungsvorschlägen bildeten auch in der Vergangenheit die Zutaten für Wahlerfolge von Protestparteien.

Die Heterogenitäten sind jedoch unübersehbar und erheblich: In jedem Land schneiden die Parteien unterschiedlich ab. Dies schließt die einheitliche Wirkung eines Bundesklimas aus. Auch wenn medial schnell von einer Quittung für den Bund gesprochen wird, ist diese Quintessenz anhand der Ergebnisse der Parteien nicht zu belegen. Auffällig ist, dass eine verbale Unterstützung der Politik der Bundeskanzlerin einen positiven Effekt in der finalen Entscheidung der Wähler in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gebracht hat. Die positive Auswirkung ist für eine Regierungspartei und für eine Oppositionspartei im Bund messbar. Auch dies ist ein Anzeichen dafür, dass ein einheitlicher Bundestrend für die Landtagswahlen nicht entscheidend war und sich keine Schlussfolgerung für die Flüchtlingspolitik ablesen lässt.

Während die SPD in Rheinland-Pfalz als stärkste Partei abschneidet, erleidet sie in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg den Verlust etwa der Hälfte der Wählerschaft. Nur in Sachsen<sup>2</sup> hat die SPD bei Landtagswahlen ähnlich schwache Ergebnisse. In Baden-Württemberg erhalten die Grünen das beste Ergebnis ihrer Geschichte. In Rheinland-Pfalz verlieren die Grünen zwei Drittel ihrer ehemaligen Wähler. Allerdings war die Wahl 2011 für die Grünen eine Ausnahmewahl, da die Atomreaktorkatastrophe in Fukushima einen außergewöhnlichen Mobilisierungseffekt ausgelöst hat.

Parteilpolitische Geschlossenheit bildet in Wahlkämpfen ein zentrales Image. Je komplexer die politischen Probleme, desto wichtiger wird das Vertrauen in die politischen Eliten. Unterschiedliche Positionierungen innerhalb einer Partei sorgen in Wahlkampfzeiten für Irritationen, da die Orientierung für die Wähler insgesamt schon schwierig ist. Außerhalb von Wahlkämpfen ist dies weniger relevant, da Parteien auch innerparteiliche Auseinandersetzungen führen müssen und sollen. Beispielhaft sei dies an den baden-württembergischen Grünen illustriert. Viele der jüngeren Äußerungen des Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann hätten bei den Grünen auch zu öffentlicher Kritik führen können. Es spricht für die Grünen, dass sie im Wahlkampf diszipliniert aufgetreten sind. Sie haben in der Wählerschaft keine sogenannten kognitiven Dissonanzen ausgelöst, wodurch sie in erheblichem Maße über ihr Kernpotenzial hinaus Zuspruch erhalten haben.

Die „Unberechenbarkeit“ der Wähler ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Seit Jahrzehnten sind die zentralen Indikatoren nicht zu übersehen. Die langfristige Bindung an Parteien ist nur noch für Minderheiten prägend. Das Wahlverhalten wird von kurzfristig wirkenden Einschätzungen bestimmt. Dies können Themen oder Kandidaten sein. Der Parteiwechsel erfolgt quer durch das Parteiensystem und nicht entlang vermeintlicher

---

<sup>2</sup> Das schlechteste Ergebnis erzielte die SPD in Sachsen mit 9,8 Prozent 2004.

politischer Lager. Volatilität kann, muss aber nicht zu Fragmentierung führen.

## 2. Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz

Die **CDU** verliert 3,4 Punkte im Vergleich zu 2011 und kommt auf 31,8 Prozent. Damit ist sie mit 35 Abgeordneten (-6) im Landtag vertreten, wovon 24 Direktmandate sind. Mit diesem Ergebnis fährt die CDU das bislang schwächste Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz ein.

Die **SPD** wird erneut stärkste Kraft mit 36,2 Prozent (+0,5 Punkte). Trotz des minimalen Gewinns verliert die SPD 3 Mandate und erhält insgesamt 39 Sitze im Landtag. Noch wenige Wochen vor der Wahl lag die SPD in Umfragen hinter der CDU. Ähnlich wie den Grünen in Baden-Württemberg gelingt der SPD in Rheinland-Pfalz eine starke Schlussmobilisierung, die ihr ein Abschneiden als stärkste Partei beschert.

Die **Grünen** verzeichnen mit einem Minus von 10,1 Punkten die höchsten Verluste. Nach dem „Fukushima-Effekt“ von 2011 kommen sie nur noch auf 5,3 Prozent und schaffen damit nur knapp den Einzug in den Landtag. Das ist allerdings als Normalisierung zu werten. Bei der Landtagswahl 2006 sind die Grünen mit 4,6 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, bevor sie mit einem Rekordergebnis 2011 den Einzug in den Landtag erneut schafften. Bis dahin erzielten sie 1996 mit 6,9 Prozent ihr bestes Ergebnis. Die Grünen entsenden 6 Abgeordnete (-12).

Die **FDP** schafft mit 6,2 Prozent (+2 Punkte) den Wiedereinzug in das Parlament. 2011 war sie an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die FDP erhält 7 Mandate.

Der **AfD** gelingt mit 12,6 Prozent zum ersten Mal der Einzug in den Landtag von Rheinland-Pfalz. Sie entsendet 14 Abgeordnete. In Rheinland-Pfalz kann die AfD keine Direktmandate für sich verbuchen. Damit manifestiert sich in Rheinland-Pfalz erstmals ein erhebliches Protestpotential.

Die **Linke** verpasst erneut deutlich den Einzug in den Landtag. Sie erzielt 2,8 Prozent (-0,2 Punkte) der Stimmen. Die **Freien Wähler** kommen auf 2,2 Prozent (-0,1 Punkte).

Die **Wahlbeteiligung** in Rheinland-Pfalz fällt mit 70,4 Prozent recht hoch aus (+8,6 Punkte). Nachdem das Land über zwei Legislaturperioden ein Drei-Parteien-Parlament hatte, sind nun erstmals in der Geschichte von Rheinland-Pfalz fünf Parteien im Landtag vertreten.

### **3. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl<sup>3</sup> in Rheinland-Pfalz 2016**

Die SPD ist zwar erneut stärkste Kraft in Rheinland-Pfalz, durch die hohen Verluste der Grünen ist eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition jedoch nicht möglich. Dennoch zeigt sich keine Wechselstimmung bei den Wählern. 61 Prozent sind mit der Landesregierung zufrieden. Besonders die Anhänger von SPD und Grünen bekunden eine hohe Zufriedenheit, aber auch 47 Prozent der CDU-Anhänger sind mit der Landesregierung zufrieden (Infratest dimap). Dementsprechend äußern auch nur 34 Prozent den Wunsch, dass die CDU die nächste Landesregierung führen solle (gegenüber 45 Prozent, die sich für die SPD aussprechen). Hierbei zeigt sich allerdings auch eine deutliche Lagerbildung. Die Anhänger von

---

<sup>3</sup> Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

SPD und Grünen befürworten mit großer Mehrheit eine SPD-geführte Regierung, während die Anhänger von FDP und CDU eine CDU-geführte Regierung präferieren. Unter den AfD-Anhängern liegt ebenfalls eine Regierung unter Führung der CDU mit 47 Prozent Zustimmung vor einer SPD-geführten Regierung (19 Prozent; Infratest dimap). Auch bei der Bewertung der Parteien in Regierung und Opposition liegt die SPD vorne. Auf einer Skala von -5 bis +5 erzielt die SPD eine Bewertung von 1,5. Obwohl sie in der Regierung sind, erreichen die Grünen nur einen Wert von 0,2. Dagegen schneidet die CDU für eine Oppositionspartei mit einem Wert von 1,0 vergleichsweise gut ab (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Parteien spielen jedoch eine untergeordnete Rolle bei dieser Wahl. Das sehr unterschiedliche Abschneiden der Parteien in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt deutet darauf hin, dass eine starke Personalisierung stattgefunden hat. Im Fokus standen nicht die Parteien, sondern die Spitzenkandidaten. Hierbei weist Julia Klöckner für eine Spitzenkandidatin der Opposition sehr gute Werte auf. 37 Prozent hätten lieber Klöckner als Ministerpräsidentin gegenüber 49 Prozent, die sich Malu Dreyer als Ministerpräsidentin wünschen. Besonders beliebt ist Dreyer bei den Anhängern von SPD und Grünen. Auf einer Skala von -5 bis +5 erreicht Dreyer unter allen Wählern einen Wert von 2,4, die Anhänger der SPD bewerten sie sogar mit 4,0. Klöckner erzielt eine Bewertung von 1,4 unter allen Wählern und von 3,5 unter CDU-Anhängern. Damit liegen beide nur knapp vor der Bewertung ihrer jeweiligen Partei (SPD 2,1; CDU 1,3). Ein Grund für Dreyers Beliebtheit ist sicherlich die Bewertung ihrer Arbeit. Drei Viertel der Wähler sagt, Dreyer mache ihre Sache gut. Unter den Anhängern der SPD meinen das sogar 96 Prozent und unter den Grünen-Anhängern 92 Prozent. Auch bei den Anhängern von CDU, FDP und AfD erreicht Dreyer Zustimmungswerte über 50 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Neben der hohen Zufriedenheit mit Malu Dreyer mag zudem eine Rolle spielen, dass Julia Klöckner in der Flüchtlingspolitik stärker polarisiert. Die Hälfte der

rheinland-pfälzischen Wähler meint, Klöckner sei in der Flüchtlingspolitik von Merkel abgerückt, und davon sagen 61 Prozent, sie finden das schlecht (Forschungsgruppe Wahlen). Beim Sachverstand und der Glaubwürdigkeit gibt es zudem eine große Gruppe, die keinen Unterschied zwischen den beiden Kandidatinnen sieht (Forschungsgruppe Wahlen). Auch bei der Erhebung eines umfangreicheren Profils kann sich Klöckner nicht vor Dreyer positionieren. Dreyer wird als sympathischer und glaubwürdiger wahrgenommen, setze sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein, sei besser mit den Problemen der Bürger vertraut, passe eher zu Rheinland-Pfalz und habe die besseren Konzepte zur Flüchtlingskrise. Etwa gleichauf liegen Dreyer und Klöckner bei der Führungspersönlichkeit und beim wirtschaftspolitischen Sachverstand (Infratest dimap). Unter dem Strich weist Julia Klöckner für eine Herausforderin überdurchschnittliche Vergleichswerte auf.

Bei den Themen überwiegt in Rheinland-Pfalz wie auch in den anderen Ländern das Thema Flüchtlinge. 59 Prozent geben die Flüchtlinge als wichtigstes Problem an. Schule/Bildung (22 Prozent), Verkehr (14 Prozent) und Infrastruktur (8 Prozent) spielen dagegen nur eine sehr untergeordnete Rolle (Forschungsgruppe Wahlen). Insofern ist auch die Problemlösungskompetenz vor allem im Bereich Flüchtlinge relevant. Hier kann die SPD punkten. Sie liegt mit 35 Prozent Kompetenzzuschreibung vor der CDU mit 27 Prozent. Zudem wird die SPD in den Bereichen Schule/Bildung mit 38 Prozent (CDU 28 Prozent) sowie Zukunft mit 36 Prozent (CDU 31 Prozent) als kompetenter angesehen. Die CDU liegt lediglich beim Thema Verkehr mit 31 Prozent vor der SPD (24 Prozent). Neben den vielen Nennungen des Themas Flüchtlinge beim wichtigsten Problem geben auch zwei Drittel der Wähler an, dieses Thema sei für ihre Wahlentscheidung wichtig. Eine besonders hohe Relevanz besitzt das Thema mit 95 Prozent für die Anhänger der AfD (Forschungsgruppe Wahlen). Die Zufriedenheit mit dem Umgang der Landesregierung mit dem Flüchtlingsproblem ist allerdings gespalten. 46 Prozent der



Rheinland-Pfälzer sind damit zufrieden, wie die Landesregierung mit dem Flüchtlingsproblem umgeht. 50 Prozent sind nicht zufrieden. Die Anhänger von SPD, Grünen und CDU sind mehrheitlich eher zufrieden, während die Anhänger von FDP und AfD mehrheitlich unzufrieden sind. Bei der AfD sind ganze 98 Prozent unzufrieden (Infratest dimap). Dennoch ist das Ergebnis der CDU in Rheinland-Pfalz eher nicht als Abstimmung gegen die Politik der Kanzlerin zu werten. 58 Prozent der Rheinland-Pfälzer geben an, die Kanzlerin mache ihre Sache in der Flüchtlingspolitik eher gut. Lediglich 37 Prozent sehen die Politik der Kanzlerin kritisch. Darüber hinaus sind über zwei Drittel der Meinung, Rheinland-Pfalz könne die vielen Flüchtlinge verkraften (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Wähler der AfD legen besonderen Wert auf das Thema Flüchtlinge und sind dazu besonders skeptisch eingestellt. Über dieses Thema kann die Partei das Protestpotential in der Wählerschaft mobilisieren. Dass es sich um eine Protestpartei handelt, zeigen recht klar die Wahlmotive für die AfD. Lediglich 29 Prozent der AfD-Wähler geben an, die Partei aus Überzeugung gewählt zu haben. Zum Vergleich: SPD, CDU und Grüne kommen jeweils auf 70 Prozent oder mehr. Stattdessen sagen 62 Prozent der AfD-Wähler, sie hätten sich aus Enttäuschung für die AfD entschieden (Infratest dimap). Zusätzlich meinen 74 Prozent aller Wähler, die AfD werde als Denkkzettel für die anderen Parteien gewählt. Das sagen immerhin auch 45 Prozent der AfD-Wähler. 53 Prozent geben allerdings an, die Partei wegen ihrer politischen Forderungen gewählt zu haben (Forschungsgruppe Wahlen).

#### **4. Wählerwanderungsbilanz<sup>4</sup> und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Rheinland-Pfalz 2016**

Von der gestiegenen Wahlbeteiligung können außer den Grünen alle Parteien profitieren. Die deutliche Zunahme der Wahlbeteiligung führt bei der **CDU** sogar dazu, dass sie prozentual Stimmen verliert, obwohl sie absolut etwa 19.000 Stimmen hinzugewinnen kann. Aus dem Nichtwählerlager gewinnt die CDU 58.000 Stimmen. Zusätzlich gewinnt sie 21.000 Wähler von den Grünen und 14.000 Wähler von der SPD. Dafür verliert die Union 50.000 Stimmen an die AfD und 13.000 an die FDP.

Die **SPD** kann ebenfalls 54.000 Nichtwähler mobilisieren. Zudem wechseln 90.000 Wähler von den Grünen zur SPD. An die AfD gibt die SPD 37.000 Stimmen ab, an die CDU 14.000.

Die **Grünen** können als einzige Partei nicht von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. Sie verlieren stattdessen 12.000 Wähler an das Nichtwählerlager. Dazu geben sie 90.000 Stimmen an die SPD ab, 21.000 Stimmen an die CDU, 12.000 an die FDP, 6.000 an die Linke und 5.000 an die AfD. Damit verlieren die Grünen ihre Wähler an alle politischen Lager.

Die **FDP** dagegen verzeichnet über alle Lager hinweg Zugewinne, lediglich an die AfD verliert sie 8.000 Wähler. Von der CDU gewinnt sie 13.000 Wähler, 12.000 von den Grünen und 6.000 von der SPD.

Die **AfD** kann über alle Lager hinweg deutlich Stimmen gewinnen. Der größte Zustrom stammt von ehemaligen Nichtwählern mit 80.000 Stimmen. Dazu gewinnt die AfD 50.000 Wähler von der CDU, 37.000 Wähler von der SPD, 12.000 von der Linken, 8.000 von der FDP und 5.000 von den Grünen. Zusammengerechnet wandern 58.000 Wähler aus dem

---

<sup>4</sup> Infratest dimap

bürgerlichen Lager zur AfD und 54.000 Wähler aus dem linken Spektrum. Dazu kommen 45.000 ehemalige Wähler kleiner Parteien, die sich nun für die AfD entscheiden.

Das Wahlverhalten in den Bevölkerungsgruppen hält kaum Überraschungen bereit. Die CDU schneidet unter jüngeren Wählern unter-, unter älteren Wählern überdurchschnittlich ab. Zudem wird die CDU überdurchschnittlich häufig von Beamten, Selbstständigen, Landwirten und Rentnern gewählt.

Bei der SPD gehen die Analysen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen leicht auseinander. Nach Infratest dimap wird die SPD mit 36 Prozent nur durchschnittlich häufig von Arbeitern gewählt. Mit -8 Punkten hat sie in dieser Gruppe deutliche Verluste zu verzeichnen. Nach den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen hat die SPD bei den Arbeitern mit -3,4 Punkten auch verloren, wenn auch nicht so stark wie bei Infratest dimap. Hier kommt die SPD bei den Arbeitern mit 38,6 Prozent immerhin auf ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis. Zusätzlich kann die SPD unter hoch gebildeten Wählern überdurchschnittlich hinzugewinnen.

Bei den Grünen verhält es sich genau umgekehrt zur CDU. Die Grünen können unter den jüngeren Wählern bessere Ergebnisse erzielen als unter den älteren. Zudem werden die Grünen überdurchschnittlich oft von höher Gebildeten gewählt, verzeichnen hier aber auch überdurchschnittliche Verluste.

Die AfD-Wähler weisen das typische Muster junger Protestparteien auf. Die AfD erzielt überdurchschnittliche Ergebnisse unter Wählern mittleren Alters und unter Männern, besonders gut schneidet sie entsprechend unter mittelalten Männern ab, bei denen sie je nach Analyse auf bis zu 20

Prozent kommt. Zudem schneidet die AfD unter Arbeitern, Arbeitslosen und Konfessionslosen überdurchschnittlich ab.

Bei der FDP zeigen sich keine besonderen Auffälligkeiten.